



Politische Parteien als Auslaufmodell

von Andreas Popp

In diesem Aufsatz möchte ich mich den „politischen Parteien“ widmen, da uns aufgrund unserer Veröffentlichungen zu diesem Thema viele Fragen und Anmerkungen erreichen.

Der Begriff Partei kommt aus dem lateinischen „pars“, was nichts anderes bedeutet als „Teil“ und hier bereits eine Eigenart deutlich macht. Es kann bei Parteien nicht um das Gemeinwohl gehen, denn dieses ist immer unparteiisch, da es als Ganzes existiert.

Eine Partei bietet Menschen die Möglichkeit, sich politisch zu engagieren, wodurch man dann eine individuelle Einflussnahme auf die Machtstrukturen interpretiert. Dieser Gedankengang ist ein Irrglaube, den ich belegen möchte.

Die bemerkenswerte, französische Philosophin Simone Weil (1909 bis 1943) beschreibt in ihrem Buch *Anmerkung zur generellen Abschaffung der politischen Parteien* drei grundlegende Punkte:

- *Eine politische Partei ist eine Maschine zur Fabrikation kollektiver Leidenschaft*
- *Dadurch entsteht aber auch ein kollektiver Druck gegen eigenständig denkende Menschen*
- *Der Zweck der Partei ist Wachstum ohne jedwede Grenze*

Aufgrund dieser Punkte ist jede Partei im Keim und Streben totalitär!

Simone Weil weiter: *„Die Parteien sind ein fabelhafter Mechanismus, der bewirkt, dass über ein ganzes Land hinweg nicht ein einziger Geist seine Aufmerksamkeit der Anstrengung widmet, in den öffentlichen Angelegenheiten das Gute, die Gerechtigkeit, die Wahrheit zu erkennen. Daraus ergibt sich, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, dass nur Maßnahmen beschlossen und durchgeführt werden, die dem Gemeinwohl, der Gerechtigkeit und der Wahrheit entgegenstehen.“*

Nehmen wir an, jemand würde in eine Partei eintreten wollen und dem Vorsitzenden sagen: „Ich bin mit dieser oder jener von mir geprüften Position aus dem Parteiprogramm einverstanden, behalte mir aber vor, zu anderen von mir noch nicht geprüften Punkten aus den Schriften eine andere, evtl. sogar konträre Meinung zu kommunizieren und zu vertreten.“ Die Vermutung liegt nahe, dass man ihn abweist, ihm zumindest aber keine höheren Positionen angedeihen lässt, da er ja sofort schädlich wirkte, würde er sich gegen das Programm (womöglich öffentlich) wenden. Würde eine Partei diese Freiheit zulassen, wäre sie nicht mehr wettbewerbsfähig, da die Mitbewerber diese Schwäche ausnutzen würden. Das Parteimitglied hat also das Programm zu schlucken und zu vertreten. Es wird durch ein pauschales Programm gezwungen, bei vielen Themen gegen den eigenen Willen zu entscheiden, wenn es z.B. um eine parlamentarische Abstimmung geht. Ob diese permanente Selbstverleugnung zur positiven charakterlichen Entwicklung beiträgt, darf bezweifelt werden.

Ich interpretiere hier eine ähnliche Situation wie bei den Kirchendienern, die ähnlich strukturell vom Denken abgehalten werden, und somit zur Aufgabe der eigenen evtl. konträren Sichtweise gezwungen werden.

Parteien buhlen um die Macht der Gesetzgebung (sprich Legislative) zur Umsetzung der Interessen *ihrer* Zielgruppe. Es geht also *nicht* um das Interesse der Allgemeinheit, sondern um die Interessenvertretung eines *Teiles* des Volkes, wodurch logischerweise bei entsprechenden Gesetzgebungsverfahren ein großer Teil der Bevölkerung gar nicht oder nur schwach motiviert berücksichtigt, wenn nicht sogar geschädigt wird.

Interessanterweise stehen sich immer wieder Vertreter auch gegensätzlicher politischer Parteien im privaten Gespräch gegenüber, um zu erkennen, in wie vielen Punkten sie eigentlich übereinstimmen.

Die Aufgabe einer Partei ist somit nachvollziehbar. Es geht primär um Stimmenzuwachs, also um die Erhöhung der „parlamentarischen Marktanteile“, um sich als Parteimitglied an die gut bezahlte Futterkrippe zu bringen, die nur

eine bestimmte Anzahl an hoch dotierten Sitzen vorhält. Man erkennt diese Hauptmotivation gut an den ständigen pauschalen Diffamierungen des politischen Gegners, der ja ebenfalls um seine Marktanteile kämpfen muss. Der Begriff „Partei“ beschreibt also eine egoistisch motivierte Struktur, um die parlamentarische Macht der Gesetzgebung für partikuläre Interessen ihrer eigenen Zielgruppe zu erringen. Wie wahrscheinlich ist nun die Annahme, dass sich im Rahmen solcher Interessensammelbecken (und nichts anderes sind Parteien) *Lobby-Aktivisten* mit ihren oft unendlich großen, finanziellen Mitteln an diese Organisationen anheften und ihre eigenen Ziele im wahrsten Sinne des Wortes monetär einfließen lassen. Als Lobbyist weiß man natürlich, dass die „abgeordneten“ Mitglieder einer Partei keine Volksvertreter darstellen, sondern „Parteienvertreter“. Beispiele für diese These gibt es genug.

Nehmen wir den Abgeordneten Frank Schäffler von der FDP, der erkannt hatte, dass unser Finanzsystem zu einem Umverteilungsprozess von Fleißig nach Reich führt und somit zu einer massiven Ungerechtigkeit, wenn man das Allgemeinwohl im Auge hat und sich außerdem seinem Gewissen gegenüber verantwortlich fühlt. Mit der wortreichen Analyse des Herrn Schäffler stimme ich in diversen Punkten überein und ich halte ihn für einen fortschrittlichen Denker im Verhältnis zu vielen seiner Parteikollegen, auch wenn ich mit seinen vermeintlich liberalen Lösungen nicht einverstanden bin. Es geht mir bei diesem Beispiel darum, dass man ihn medial als „Rebell“ in der FDP bezeichnete, weil er offensichtlich von den Parteidenkvorgaben abwich. Als Rebell, also Widerstandskämpfer, bezeichnet zu werden, weil man eigenverantwortlich handelt, ist ein aus meiner Sicht eindeutiger Sachverhalt. Hatte man evtl. Angst, Lobbyisten zu vergreifen, die für die Parteien lebenswichtig sind? Die Vermutung liegt nahe. Wenn ich mir vorstelle, dass ein Abgeordneter einer Parlamentspartei den Plan B der Wissensmanufaktur positiv zur Diskussion einbringen wollte, würde man den Begriff „Rebell“ vermutlich durch weit härtere Begriffe ersetzen.

Jetzt mag es den einen oder anderen Parteienvertreter geben, der sich deutlich von einer Lobby-Einflussnahme distanziert, aber dabei kann es sich dann nur um eine Splitterpartei handeln, die niemals eine Gefahr für das eigentliche Machtssystem darstellt, welches bekanntlich oberhalb der parlamentarischen Politikdarsteller angeordnet werden muss, wie wir es im Plan B deutlich artikuliert haben. Eine Verweigerung lobbyistischer Einflussnahme würde eine massive Wettbewerbsverzerrung gegenüber den „nehmenden“ Parteien bedeuten, die man dann von Seiten der lizenzierten Medienkonzerne kaum erwähnt, geschweige denn positiv darstellt.

Entscheidend ist hier festzuhalten, dass die Gewaltenteilung der demokratischen Prinzipien im Rahmen einer Republik mit den vorangegangenen Darstellungen bereits als „nicht vorhanden“ entlarvt wird. Parteien stellen ihre Mitglieder bei satzungskonformen Verhalten und für sie passenden charakterlichen Eigenschaften auf die Listen der zu wählenden Personen. Gemeinwohlorientierte Politiker mögen zwar ebenfalls einmal „unerkannt“ aufgestellt worden sein, aber sollten Abgeordnete tatsächlich gegen die Fraktionsvorgaben, z.B. aus Gewissensgründen, agieren, werden diese Personen in eigenen Reihen nahezu geächtet, was man durchaus mit einer Art „Mobbing“ vergleichen kann, wie es auch einige Individualisten in Firmen ertragen müssen.

Erkennbar ist also die Macht der Parteien *über* ihre Abgeordneten, und das ist aus meiner Sicht brandgefährlich. Plötzlich werden weltweite Verwerfungen klarer, ob es nun um die vielen Kriege, genmanipulierte Bauernbetriebe, pharmazeutische Impf-Programme oder was auch immer geht.

Wären diese gegen die Allgemeinheit gerichteten Aktionen ebenso leicht „profitabel“ für bestimmte Konzerne umsetzbar, wäre jeder Parlamentarier nur seinem Gewissen gegenüber verpflichtet? Natürlich nicht, das machen erst die Parteienapparate möglich, auf die der einfache Abgeordnete keinen Einfluss hat.

Warum fragen sich so wenige Bürger, aus welchem Grunde man in bestimmten Gremien, wie parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, ja sogar in obersten Gerichten, eine Art paritätische Besetzung der Sachverständigen oder sogar Richter infiltriert? Deutlicher kann ein Hinweis auf die Macht der parteilichen Einflussnahme selbst auf die Judikative nicht sein.

Für die realen Machtinhaber, also die kapitalintensiven Lobbyisten oberhalb der parlamentarischen Parteienapparate, ist es eine optimale Grundlage für eine Einflussnahme, da man sich nicht mit den vielen Abgeordneten einzeln beschäftigen muss, sondern man sich gleich auf die omnipotenten Parteiführungsapparate konzentrieren kann.

Nach diesen Erkenntnissen von einer demokratischen Ordnung zu sprechen, kann nur noch von einer hemmungslosen Ignoranz herrühren, denn die einzelnen Interessen bzw. die individuelle Sichtweise der *vermeintlichen* Volksvertreter spielen im Rahmen des Mehrheitsbeschlusses nach Vorgabe keine Rolle mehr.

Im August 2015 sprach US-Präsident Obama deutlich aus, dass es zum Krieg mit dem Iran kommen würde, wenn die neokonservative Partei dem Einigungspapier zum Thema „atomare Nutzung im Iran“ nicht zustimmen würde (<http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-08/obama-iran-atomabkommen-rede-kongress>). Deutlicher lässt sich der Wahnsinn wohl kaum beschreiben, als dass eine Parteienabstimmung über Millionen von Menschenleben entscheidet. Unter diesen Gesichtspunkten sollte auch einmal hinterfragt werden, ob man das mit dem Iran befreundete Syrien im selben Jahr von der westlichen Wertegemeinschaft in Schutt und Asche hätte legen können, hätte es Parlamente gegeben, in denen *nur* einzelne *parteilose* Abgeordnete zu den Einsätzen nach ihrem Gewissen befragt worden wären. Gäbe es dann die groß angelegte Evakuierung Syriens, deren verzweifelte Bevölkerung sich nun auf der Völkerwanderung nach Europa befindet?

Natürlich werden diese Fragen nicht gestellt. Von wem auch? Die Abgeordneten unterliegen nun einmal den Lobby-Parteien, die unter dem verfehlten Begriff „Volksparteien“ auftreten.

Wie aber wäre dieses Dilemma lösbar?

Der entscheidende Faktor ist die Omnipotenz der Parteien im Gesetzgebungsverfahren. Wer die Mehrheit hat, setzt die Interessen der entsprechenden Förderer durch. Die vermeintlichen komplexen Strukturen der politischen Verfahren ändern daran nichts. Die sachlich flachen Streitigkeiten der Politikdarsteller im Bundestag oder Bundesrat, geschweige denn zu den europäischen Lobby-Zirkeln (auch EU-Parlament genannt) zu konkreten Themen gehören zum Spiel mit den Nebelkerzen.

Schon Simone Weil schreibt, dass eine Abschaffung der politischen Parteien dringend in die sachliche Diskussion gehöre, denn damit wäre ein massives Übel der heutigen elitegesteuerten Funktionäre erledigt. Schnell könnte man im Rahmen echter demokratischer Prinzipien erkennen, welche Abgeordnete in welchen konkreten der Allgemeinheit dienenden Punkten mit Kollegen übereinstimmen, um sich dann sachlich im Einzelfall zu solidarisieren. Bei anderen Entscheidungen würden sich dann evtl. ganz andere Individual-Koalitionen bilden. Dann gäbe es auch mehr Grundlagendiskussionen mit Feinabstimmungen, statt der momentanen schlichten Lage, für oder gegen ein bestimmtes Vorhaben zu sein. Allein der fehlende Wahlkampf, in denen sich auch unfähigste Personen auf Plakaten hinter dem Parteien-Label zur Schau stellen dürfen, wären dann passe´. Was für eine Perspektive.

Wesentlich ist ebenfalls, dass sich keine Presse für oder gegen aufgestellte Kandidaten äußern darf. Im Rahmen einer freien und somit unkommerziellen Medienlandschaft wäre der Reiz der Einflussnahme überschaubar. Natürlich würden auch dann hinter dem Rücken der Menschen geheime Abkommen ablaufen, aber sie wären verboten und strafrechtlich zu ahnden, was diese Machenschaften schon einschränken würden. Heute findet diese propagandistische Einflussnahme durch finanzielle Verflechtungen ja ganz offen statt. Geheime „Parteizirkel“ wären übrigens weniger schädlich für das Gemeinwesen, als die heutigen erlaubten, parteiparlamentarischen Strukturen, die aus meiner Sicht nahezu alle Lebensbereiche vergiftet haben.

Ein generelles Verbot von Parteien würde im ersten Schritt die extrem einfache Einflussnahme der Kapitalsammelbecken auf die Gesetzgebungsverfahren erschweren.

Wichtig wäre aus meiner Sicht die Einhaltung einer tatsächlichen Subsidiarität, also einer maximalen Eigenbestimmung der Menschen in einem Land. Die ersten Schritte sollten im Interesse einer Transparenz neu zu errichtende regionale, politische Strukturen sein, die die nationalen Parlamente weitestgehend entmachten, vor allem aber die darüber agierenden Lobby-Konstruktionen, wie etwa eine EU oder USA.

Die parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren sollten ausschließlich auf die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung beschränkt sein, und das ist primär die „Sicherheit“. Hoheitliche Aufgaben, wie eine inländische Polizei oder eine grenzsichernde Armee, wird jeder Bürger einsehen. Des Weiteren sehe ich noch die 4 Komponenten des Plan B der Wissensmanufaktur als elementar an, damit der ungerechte Umverteilungsprozess von Fleißig nach Reich eliminiert wird. Die gesetzlichen „Gängelungen“, von Isoliervorschriften für Gebäude über strafrechtliche Maßnahmen beim Doping im Sport, Impfpflichten für die Bevölkerung, gesetzlich vorgeschriebenen Vorsorgeuntersuchungen bis hin zu dem Unsinn der Krümmungsgrade von Salatgurken usw. müssen der Vergangenheit angehören.

Selbst Pflichtkranken- oder Rentenversicherungen gehören auf den Prüfstand. Ich bin sicher, dass sich alle diese Dinge regional zwischen den Menschen selbst regeln lassen, ohne gesetzliche Vorschriften, welche immer nur die Obrigkeit und die Untertanen manifestieren.

Die Gesetzgebung kann natürlich weiterhin in den Händen der parlamentarischen Legislative liegen, die ja auch ohne Parteien möglich, ja sogar sinnvoll, sein könnte. Es dürfen dann eben nur juristisch sachverständige Personen mit dem Sinn für das Gemeinwohl an den Gesetzgebungsverfahren teilhaben. Bei einem Verbot politischer Parteien könnte man diese nachhaltig denkenden Menschen schnell in der Bevölkerung ausmachen. Die Justiz hätte endlich wieder die Aufgabe, das Recht gegen die politische Einflussnahme der Abgeordneten zu verteidigen, wie es die „Demokratie“ des alten Griechenlandes vorsah. Bei einem Nachweis politisch unsinniger Entscheidungen, wie Gesetzgebungen, die sich nach Einführung für die Allgemeinheit als schädlich herausstellen, sollten die verantwortlichen Abgeordneten selbstverständlich auch juristisch belangt und privat haftbar gemacht werden, selbstverständlich in einem korrekten Verfahren, in dem entweder Vorsatz oder Fahrlässigkeit (z.B. durch Unfähigkeit) nachgewiesen werden muss. Diese Haftbarkeit sollte auch bei Unterlassung bestimmter Entscheidungen gelten, wenn diese einen Schaden für die Allgemeinheit zur Folge hat.

Die heutige Parteien-Demokratie ist lediglich eine Fassade der Plutokratie, nur geschickter, unterschwelliger.

Statt die grundlegenden Aufgaben endlich anzugehen, verplempern wir wertvolle Zeit vor dem Fernseher, wo sich in Talkshows die Parteienvertreter gegenseitig für die Verwerfungen verantwortlich machen.

Gäbe es keine Parteien mehr, müsste man wohl tatsächliche Sachfragen angehen.

Mir ist selbstverständlich klar, dass auch die kommerzielle Medienlandschaft komplett umstrukturiert werden muss, um die Basis für eine objektive, freie Berichterstattung zu erreichen. Erst wenn das „Silent Treatment-Verfahren“ im Rahmen eines Gesinnungs-TÜV eliminiert wurde, also ein Totschweigen der alternativen Systemdenker, welches ich als hoch entwickelte Form der Zensur bezeichnen möchte, wird es eine Chance geben, diesen globalen Wahnsinn zu beenden.

Die militärbürokratische Abwicklung diverser Länder auf unserem Planeten könnte damit ebenso ein schnelles Ende finden.

In diesem Sinne

Ihr **Andreas Popp**, Dezember 2015